



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 181. Ratssitzung vom 12. Januar 2022

4844. 2020/474

Interpellation der AL-Fraktion vom 28.10.2020:

Rekurse gegen bewilligte Arealüberbauungen wegen Verletzung von Lärmvorschriften, Verkehrsachsen, an denen die Lärmvorschriften nicht eingehalten werden können, Beurteilung des zonenplanerischen Anpassungsbedarfs sowie Massnahmen zur Lärmreduktion an der Quelle oder durch andere städtebauliche Optionen

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 497 vom 26. Mai 2021).

Walter Angst (AL) nimmt Stellung: Ich möchte mich im Namen der Interpellanten für die sehr informative Antwort bedanken. Es ist eine ausführliche Darstellung zum Stand der städtischen Politik vor dem Entscheid des Bundesgerichts. Die Problematik ist allen bekannt. Es sind mehrere Bauprojekte wegen dem fehlenden Lärmschutz blockiert. Es ist auch bekannt, dass der Vorsteher des Hochbaudepartements am Konzept festhält, dass links und rechts entlang sehr stark befahrener Strassen mit höheren Lärmwerten im Zeichen der Verdichtung so genannte Riegelbauten erstellt werden; andere bauliche Konzepte sind nicht erwünscht. Es wurde auch ausgeführt, dass man Konzepte nicht will, die die Wohnungen in einer zweiten Bautiefe anordnen und damit vor der Lärmbelastung der Strasse schützen, weil dies Sicherheitsprobleme geben würde, da dort keine sozialen Kontrollen mehr vorhanden seien; das kann ich nicht ganz nachvollziehen. Aber wir haben verstanden, was die ästhetischen Vorstellungen des Amts für Städtebau sind, und dass solche Lösungen darum nicht gewünscht werden. Als Alternative wird ein Bau der Baugenossenschaft Rotach an der Birmensdorferstrasse erwähnt: ein schmaler Bau, der als Lärmschutz dient. Dort wohnen Leute, die keine Alternative haben. Das sind vor allem Ausländerinnen und Ausländer, die den Lärmschutz für die schönen Wohnungen dahinter sicherstellen. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass uns dies nicht besonders behagt. Wir haben weitere ausführliche Begründungen und Darstellungen, wie es möglich wäre, den Lärmschutz einzuhalten. Das würde bedingen, dass neben Tempo 30 und lärmarmen Belägen vor allem Elektroautos mit speziellen Reifen fahren und zusätzlich den Verkehr massiv reduzieren. Das ist mit den heutigen Möglichkeiten der Stadt nicht erreichbar. Die Position des Stadtrats ist, dass man sich davon nicht behindern lassen möchte und in Kauf nimmt, dass die Neubauten die Lärmschutzregelungen nicht einhalten. Ich bin nach wie vor erstaunt, wie stark der Stadtrat die Verdichtung gewichtet und wie wenig den Lärmschutz der Bevölkerung. Es geht darum, dass Bauten erstellt werden. Ich nehme an, dass diese nicht nach 30 Jahren wieder abgerissen werden, sondern dauerhaft dort sind und es unklar ist, wie sich die Lärmbelastung für die Menschen in Zukunft auswirkt. Von daher ist es für uns nicht befriedigend, dass man sagt, wir müssen zuerst die entsprechenden Schutzmassnahmen einhalten, den Verkehr reduzieren und erst dann werden wir bauliche Massnahmen entlang den stark belasteten Verkehrsachsen, wie beispielsweise die Bucheggstrasse oder die Überlandstrasse, genehmigen. Von



2 / 2

daher wird die Auseinandersetzung, ob der Lärmschutz durchgesetzt wird, weitergeführt werden und ich glaube, das ist notwendig. Es kann nicht sein, dass wir nur die Massnahmen, die uns passen, umsetzen, und die anderen, die in einer städtischen Strategie zur Verdichtung zuwiderlaufen, mit Sondergenehmigungen oder anderen Massnahmen umgehen. Wir danken für die Auskunft, wissen woran wir sind, und können uns auf die nächsten Auseinandersetzungen einstellen.

Das Geschäft ist erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat